

Inhalt

Die ‚Generation Praktikum‘	1
Wie der Rechtsstaat mit der Terrorgefahr mobil macht	2
Studiengebühren – ein Erfolg!	3
Dopingkrise im Radsport: Faire deutsche Sieger müssen her!	3
Streit um Religion im Biologieunterricht	4

Noch ein Fall von „arm trotz Arbeit“: Die ‚Generation Praktikum‘



Da wird die Allianz aus Politikern, Arbeitgeberverbänden und öffentlicher Meinung nicht müde, die Bedeutung von „Bildung“ und „Qualifikation“ zu beschwören – „unser rohstoffarmes Land“ könne seinen „Lebensstandard“ und seine „Spitzenposition“ nur mit gut ausgebildeten jungen Menschen halten, Bil-

dung sei aber auch für den einzelnen das „Mittel gegen Arbeitslosigkeit“ und der Schlüssel zum „persönlichen Erfolg“ im Berufsleben – und dann wird mit denjenigen, die sich nach den angeblichen Erfordernissen der „Wissensgesellschaft“ verhalten, alles andere als pfleglich umgegangen. „Prekäre Beschäftigungsverhältnisse“ beim Einstieg in den Beruf sind für junge Hochschulabsolventen zur Normalität geworden. Anstatt wie geplant eine Karriere zu starten, müssen Nachwuchsakademiker heute schlechte Bezahlung, befristete Anstellungen, oder erzwungene Selbstständigkeit in Kauf nehmen. Dazu gehören seit einiger Zeit auch so genannte „Praktika“. Berufsanfänger mit Hochschulstudium dürfen sich erst einmal ohne Bezahlung oder bestenfalls gegen ein paar 100 Euro Taschengeld nützlich machen, bevor man ihnen eine bezahlte Stelle anbietet – oder auch nicht. Dabei ist es kein Geheimnis, woher der kleinliche Umgang mit dem angeblich so dringend benötigten „klugen und hoch qualifizierten Nachwuchs“ rührt: „Es ist ein simpler Mechanismus: In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit können es sich Unternehmen leisten, die Angst der Absolventen vor dem Zu-

GEGENSTANDPUNKT & Diskussion

Die Lokführer kämpfen um Lohn und Arbeitszeit – Die Republik steht Kopf: „Dürfen die das?“

Was ist geschehen? Eigentlich nichts Besonderes: Die Gewerkschaft der Lokführer (GDL), Vertretung des Fahrpersonals bei der Bahn, stellt Forderungen nach *mehr Lohn und besseren Arbeitsbedingungen*. Nach Jahren der Lohnsenkung, der Verdichtung der Arbeit und der Ausdünnung der Belegschaft will sie die fortschreitende Schlechterstellung ihrer Mitglieder korrigieren und macht Anstalten, ihre Ansprüche auch durchzusetzen.

Damit unternimmt die GDL dann doch etwas in diesem Land ganz und gar Unübliches und macht sich gleich alle ehrenwerten Instanzen der Nation zum Feind.

Was dürfen Gewerkschaften fordern? Wie haben sie ihre Forderungen zu vertreten? Wie weit dürfen sie mit Streikdrohungen gehen? Wo endet die Erlaubnis zum Arbeitskampf? Und wie soll überhaupt eine ordentliche Arbeitervertretung organisiert sein? Brauchen „wir“ Einheitsgewerkschaften nach Art des Deutschen Gewerkschaftsbunds oder sollen auch konkurrierende Berufsgewerkschaften zugelassen sein?

Grundsatzfragen dieses Kalibers wälzen Journalisten, Juristen und Politiker seit August im Wechsel von Streik, Streikverbot und „Mediation“. Wenn sie die Maßstäbe diskutieren, an denen sich das Fordern der arbeitenden Menschheit zu orientieren habe, berufen sie sich auf die *höchsten Rechtsgüter* und die *eingeführten Sitten der deutschen Arbeitswelt*, kurz: auf *Deutschland* und erinnern daran, dass die Vertretung von Arbeiterinteressen eine Sache der *Genehmigung* ist, über die höheren Orts und vom Standpunkt des nationalen Ganzen entschieden wird – und nicht von unzufriedenen Lokführern oder anderen betroffenen Arbeitnehmern.

Der Lohnkampf der GDL gerät dadurch zum Lehrstück:

- über das großartige Freiheitsrecht auf Streik
- über die Bedingungen, unter denen Arbeitnehmern das Fordern und Verhandeln erlaubt sein soll
- über die Mittel, mit denen nicht genehme Ansprüche und Durchsetzungsversuche bekämpft werden, kurz:
- darüber, wie *unverträglich* der Anspruch auf gute Löhne und erträgliche Arbeitszeiten mit den Interessen von Wirtschaft und Staat ist.

Vortrag mit Diskussion:

Stuttgart, Donnerstag, 25.10.2007, 19.30 Uhr
Altes Feuerwehrhaus Süd, Stuttgart, Möhringer Str. 56
(Eingang Erwin-Schöttle-Platz)

Dieses Thema wird auch am Jour Fixe in Tübingen am 29.10. besprochen (s. Kasten S. 4).

GEGENSTANDPUNKT & Diskussion

Das Geld

Von den vielgepriesenen Leistungen des schnöden Mammons

Einige Wahrheiten,
Ware, Geld und Kapital betreffend

Geld muss man nicht erklären, man muss es haben; das versteht sich von selbst für lebenskluge Zeitgenossen. Wenn es am Geld etwas zu erklären gibt, dann, wie man am besten an möglichst viel davon herankommt; denn: Ohne Moos nix los.

Das ist fatal. Denn wer dem unausweichlichen Zwang, Geld zu verdienen, nur die Ermunterung entnimmt, ihm möglichst erfolgreich nachzukommen, der bleibt nicht nur in ein Zwangssystem der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verstrickt, das ihm nicht wenig Sorgen aufnötigt. Der macht außerdem den gar nicht so unvermeidlichen Fehler, sich dazu kritiklos affirmativ zu stellen. Da helfen dann auch kein Ärger und keine Beschwerden mehr über den Stress beim Geldverdienen, über das wenig zufrieden stellende Resultat, über die hohen Preise, und überhaupt über das wenige Geld hier und den vielen Reichtum dort.

Wer sich das Geld nicht erklären will, soll über dessen ungleiche Verteilung nicht jammern. Umgekehrt: Wer nicht immer nur über die Sorgen mit dem Geld und seine ungerechte Verteilung klagen will, der sollte sich lieber das Geld und die mit ihm gültig gemachte ganz und gar nicht so vernünftige und sachnotwendige Produktionsweise erklären. Dazu will die Veranstaltung beitragen.

Vortrag mit Diskussion:

Referent: Dr. Theo Wentzke, Mitautor des Buches „Das Geld“

Universität Tübingen, Dienstag, 6.11.2007,
Neue Aula, Hörsaal 6, Wilhelmstr. 7, 19 Uhr c.t.
Universität Freiburg, Mittwoch, 7.11.2007,
jos-fritz-café, Wilhelmstr. 15, 20 Uhr

rückbleiben auszunutzen“. (Zeit, Campus online, 25.9.2006, so oder ähnlich äußern sich alle einschlägigen Berichte). Dem entnehmen wir: Unternehmen sind ganz grundsätzlich darauf aus, Leute, die auf sie angewiesen sind, auszunutzen. Sobald sie die Möglichkeit dazu sehen, tun sie es. In diesem Fall ist es die „Angst“ von Nachwuchsakademikern, schon zu Beginn des Berufslebens ziemlich endgültig den Eintritt in die Welt der besser bezahlten, angenehmeren und sichereren Jobs zu verpassen, die den Unternehmen gerade Recht kommt – ebenso wie die „Masse“ der von ihnen Entlassenen, die sie offenbar auch bei Akademikern als Druckmittel einsetzen können, um billige Dienste zu erpressen. Was für die frisch Diplomierten eine „Notlage“ ist, ist für die Unternehmen eine günstige Gelegenheit, die sie nicht verpassen. Mit einem Wort: hier liegt „Ausbeutung“ vor, wie die ZEIT und andere messerscharf erkennen. Ein schönes Urteil also darüber, wie in dieser Gesellschaft mit den „Humanressourcen“ umgesprungen wird – sehr verschwenderisch nämlich. Die Menschen und das, was sie gelernt haben, interessieren nur als Ressource für den Geschäftserfolg der Unternehmer und wie weit ihr Dienst daran honoriert wird, hängt nicht von ihren Anstrengungen und Leistungen ab, sondern fällt ins Belieben der Nutzer dieser „Ressource“.

Als Aufruf zum Widerstand an alle „Billiglöhner“ sind solche Diagnosen freilich nicht gemeint. Das böse Wort von der „Ausbeutung“ fällt den Erfindern des Schlagworts von der „Generation Praktikum“ ein, weil sie die Behandlung der *Studierten* als billige Arbeitskräfte für unpassend halten. Bekanntlich werden Zeit, Spiegel, Stern und Konsorten nicht müde, bei nicht so „Hochqualifizierten“ die von Kapitalisten gezahlten Hungerlöhne zwischen 3 und 6 Euro als zwar harte, aber

unumgängliche Notwendigkeit fürs Arbeiten-Dürfen zu propagieren oder zusammen mit der Gewerkschaft die Auffassung zu vertreten, dass bei 7,50 brutto Mindestlohn, wenn es ihn denn gäbe, von „Ausnutzen“ und „Ausbeutung“ nicht mehr die Rede sein kann. Wenn der Spiegel einen „Missbrauch von Hochqualifizierten als unter- oder gar unbezahlte Ersatzarbeiter“ (Spiegel online, Januar 2007) konstatiert oder von „hochqualifizierten Billiglöhnern“ (ARD) die Rede ist, dann liegt der ‚Skandal‘ darin, dass

→ Fortsetzung Seite 2

Wolfgang Möhl
Theo Wentzke

Das Geld

Von den
vielgepriesenen Leistungen
des schnöden Mammons

in Freiburg erhältlich in der
Jos-Fritz-Buchhandlung,
Wilhelmstr. 15

GegenStandpunkt

ISBN 978-3-929211-11-5, Format: A5, 164
Seiten, 15,- €; zu beziehen im Buchhandel oder
über den GegenStandpunkt-Verlag,
Augustenstr. 24, D-80333 München

Impressum:

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES MARXISTISCHEN PRESSEWESENS e.V.
Böblinger Str. 135; 70199 Stuttgart; Tel.: 0711/6151772; v. i. S. d. P.: Theo Wentzke
www.versus-tuebingen.de; www.gegenstandpunkt.com
www.gegenstandpunkt-s.de
Kontakt: redaktion@versus-tuebingen.de

„Generation Praktikum...“ (Fortsetzung)

die potenzielle Elite hier einmal so behandelt wird, wie es der große Rest des gewöhnlichen Menschenmaterials offenbar verdient. Während sonst das „Besitzstandsdenken“ gegeißelt wird, ist man von der Berechtigung der Ansprüche des akademischen Standes überzeugt und sieht Missbrauch, wenn die unternehmerische Kostenkalkulation sich von diesen „Ansprüchen“ nicht beeindrucken lässt. Oder es ist gleich die „deutsche Wirtschaft“ selbst, die sich des Mitgeföhls besorgter Kommentatoren sicher sein kann. Sie, die deutsche Wirtschaft, schadet nämlich in erster Linie sich, wenn sie den „dringend gebrauchten hoch qualifizierten Nachwuchs“ (Zeit) so schlecht behandelt. So wird sich eingeföhlt in die Interessen der Wirtschaft und das „schamlose Ausnutzen einer Notlage“ dann doch nur als ungeschickte, kurzfristige Geschäftspolitik registriert. Der Geschäftserfolg wird als oberster Gesichtspunkt anerkannt und versichert, er ginge doch ganz prima mit einem dem Status dieses Nachwuchses angemessenen Umgang zusammen.

Und die Betroffenen? Sie setzen sich zur Wehr – aber wie! Die am eigenen Leib gemachte Erfahrung, dass nicht Qualifikation sondern kapitalistischer Bedarf ein Einkommen bringt, erschüttert sie nicht im Glauben an die ‚Leistungsgesellschaft‘ und ihrem Anrecht auf eine besondere Stellung in ihr. Sie wollen nicht das Prinzip entdecken sondern einen ungerechten Umgang mit ihrem Stand. Ihr Widerstand ist deshalb an Bescheidenheit kaum zu überbieten. Sie wenden sich untätig mit Petitionen an die Abgeordneten und machen konstruktive Vorschläge zur Beendigung des „unregulierten Zustands, der zum Missbrauch der Arbeitskraft von Hochschulabsolventen führt“ (homepage students-at-work.de der DGB-Jugend).

Nach dem Studium ‚Erfahrungen in der Praxis‘ sammeln – selbstverständlich, aber bitte nicht zu lange: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass Praktika von Hochschulabsolventen, die länger als drei Monate dauern und in dem Berufsbild abgeleistet werden, für das der Hochschulabsolvent ausgebildet wurde, in ein reguläres Arbeitsverhältnis umgewandelt werden“. (Petition der ehemaligen Dauerpraktikantin Désirée G. an den Bundestag).

Eine bisschen Anerkennung für die geleistete Arbeit wäre auch nicht schlecht (Petition der Vertreterin des DGB „Mindestlohn von 300 Euro“) und die Mitbegründerin des Selbsthilfvereins „Fairwork“ verlangt 1200 Euro brutto, wenn es dann doch nicht bei den drei Monaten bleibt – „damit orientieren wir uns am europäischen Mindestlohn“ – sowie eine akademikergerechte Benennung, die klarstellt, dass es sich nicht um mies bezahlte Arbeit, sondern um einen Einstieg in den Aufstieg handelt: „Die Zeit nach dem Abschluss sollte nicht Praktikum genannt werden, sondern Trainee-Programm oder Volontariat“ (Spiegel-online Interview mit Bettina König, 10.05.).

Der Bundestag mochte sich bisher mit den Anträgen nicht beschäftigen und auch dem Bundesminister für Arbeit sind die Nachwuchsakademiker nicht mehr wert als dem Kapital. Er denkt gar nicht daran, den Kapitalisten Grenzen beim kostengünstigen Einsatz auch des akademischen Personals zu ziehen. Im Gegenteil: Wie beim gewöhnlichen Rest der Menschheit wird auch hier jede gesetzliche Auflage beim „Ausnutzen“ von Arbeitskräften als Hindernis von ‚Beschäftigung‘ gesehen. Stattdessen „setzt das BMAS verstärkt auf Aufklärung“ (ein Ministeriumssprecher), die man sich seit Anfang des Jahres beim extra dafür geschaffenen Internetportal „Generation Praktikum“ abholen kann. Nach dem alten Motto des Satiremagazins Titanic, das den hungernden Negern „Spachteln!“ als Lösung ihres Problems empfiehlt, bekommt man dann folgenden heißen Tipp: „Sich nicht unter Wert verkaufen ... zusammen mit dem künftigen Arbeitgeber die Möglichkeit prüfen, statt einen Praktikumsvertrag einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag zu schließen“. Genau, so entkommt man der „Praktikumsfalle“: einfach nicht reintappen! (Aus Gegenstandspunkt 3-07) ◆

Not braucht viel Gebot:

Wie der Rechtsstaat in Deutschland mit der Terrorgefahr mobil macht

Die Kanzlerin „will schärfere Sicherheitsgesetze“ und Deutschland damit auch auf einem Feld modernisieren, auf dem sie dringenden Nachholbedarf weiß. Sie fordert, der Einsatz der Bundeswehr müsse auch im Inneren „im Zusammenhang mit terroristischen Gefahren in ausgewählten Bereichen möglich sein“. Es sei nämlich „die alte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit von gestern...“ (SZ 3.7.07).

Deshalb befreit sie ihre zuständigen Minister von allen „Denkverboten“, und die lassen sich nicht lumpen. Schäuble stellt Überlegungen an: über Möglichkeiten, Staatsfeinden mit Internet- und Handy-Verboten die Kommunikation abzuschneiden; über die online-Überwachung sämtlicher auf nationalem Terrain befindlicher Computer; darüber, ob man „potenzielle Terroristen, sogenannte Gefährder“, also Leute, gegen die man erst einen Verdacht, aber noch keine Beweise hat, schon „wie Kombattanten behandeln und internieren“ könnte; ob man sich nicht am amerikanischen Beispiel orientieren sollte, wonach man die Bin Ladens dieser Welt, sobald man ihren Aufenthaltsort kennt, „mit einer Rakete exekutieren“ könnte; und darüber dass, wenn der Staat „als Ganzes“ bedroht ist, ein Quasi-Verteidigungsfall auszurufen sei, bei dem auch größere Mengen eigener Bürger einen finalen Kollateralschaden erleiden könnten. Und Verteidigungsminister Jung möchte „um unsere Bürger zu schützen“ ein entführtes Passagierflugzeug abschießen mit Berufung auf außergesetzlichen Notstand.

stüm der „Guantanamoisierung der deutschen Innenpolitik“ entgegen; und der Grünen-Vorsitzenden graust es gar vor einer „Lizenz zum politischen Mord“. Sogar einige in der CDU „gehen auf Distanz“ und sogar der Bundespräsident mischt sich ein und weist auf Verfahrensprobleme hin. Hinsichtlich der von Schäuble vorgestellten „Tötung eines vermeintlichen Terroristen“ hat er „persönliche Zweifel“ daran, „ob man das ohne Gerichtsurteil so von der leichten Hand machen kann“ (SZ 16.7.07).

In der zweiten Runde, wenn das demokratische Denunzieren und die Geschmacksfragen zunächst einmal erledigt sind, zeigt sich, dass sich die Kritiker gar nicht so schwer tun, das „Udenkbare“ mitzudenken:

Der Berliner SPD-Innensenator will Schäuble nicht gleich einen „Amokläufer“ nennen, wie seine demonstrativ wütenden Parteigenossen, er hält bloß Schäubles Lageeinschätzung für übertrieben. Er sieht „den Bestand der Republik, unserer Gesellschaftsordnung oder unserer Lebensart als solcher durch terroristische Anschläge nicht bedroht“ (Spiegel, 29/07) und kann deshalb(!) auch Schäubles Gefährdungsszenario einer ineinander verschimmenden inneren wie äußeren Bedrohung nicht nachvollziehen. Vom gesetzgeberisch irgendwie „hyperaktiven“ Innenminister fordert er eine an den Realitäten orientierte legislative Technik und wünscht sich, man möge die „Abwehrmaßnahmen nach der tatsächlichen Gefährdung ausrichten“ und nicht jetzt schon(!) „Gesetze gegen alles und jeden machen, der potenziell einmal zu einer Bedrohung werden kann.“ (a.a.O.)

Rechtkundige Journalisten zeichnen nach, dass man vieles, was Schäuble verlangt, doch eigentlich heute schon darf: „Trifft man einen Bin Laden in Afghanistan im Kriegsgebiet an, gilt ohnedies das Kriegsrecht.“ Und schon ist eine „gezielte Tötung von Terroristen“ wieder denkbar! Trifft man ihn „im eigenen Land“ auf frischer Tat an – kein Problem! Es „gelten seit langem die Vorschriften über den finalen Rettungsschuss.“

Der kernige Aufruf, man solle doch zuerst einmal ausschöpfen, was an gewalttätiger antiterroristischer Energie in der schon geltenden Rechtslage steckt, zeigt, dass da zwar immerhin konstruktiv mitgedacht wird. Am Generalanliegen, das mit den ministeriellen Überlegungen durchgesetzt werden soll, geht der durchaus kämpferische Ansatz aber vorbei.

Natürlich können auch Merkel, Schäuble und Jung „innere und äußere Sicherheit“ unterscheiden und kennen den Unterschied zwischen einem Krieg, in dem Staaten mit ihrer militärischen Gewalt offiziell über einander herfallen und einem Terroranschlag, bei dem aufgebrachte NGO-Mitglieder mit privater Militärgewalt in einer asymmetrischen Anstrengung einem Staatswesen größtmögliche Nachteile zufügen. Wenn sie aber diese Unterscheidung nicht mehr kennen wollen und es zu einem gefährlichen politischen Fehler erklären, weiterhin an ihr festzuhalten, haben sie ihre Gründe. Mit denen halten sie und ihre Mitstreiter auch nicht groß hinter dem Berg: Sie zielen offensiv auf die Rechtsfolgen dieser bislang gültigen Differenzierung, die sie nicht mehr länger dulden wollen. Sie halten eine Paragrafenlage, in der der Zugriff auf die jeweils geeignetste Waffe im „Krieg gegen den Terror“ rechtliche Umstände macht, in der etwa der Einsatz der Armee im Inneren nur über den Umweg der Amtshilfe zu haben ist, eigentlich für einen Skandal, auch wenn – und gerade weil – dieser unhaltbare Zustand immer noch gültiges Verfassungsrecht ist. Weil die Verfügbarkeit der Gewaltmittel gemäß gültiger rechtsstaatlicher Geschäftsordnung eine Rechtsfrage ist, wird die Unterscheidung zwi-

schen innerer und äußerer Sicherheit, mit ihrer juristisch belangvollen Zuordnung der jeweils einschlägigen Einsatzkompetenzen, Polizei, Geheimdienste und Militär betreffend, für die Regierung zum Gegenstand dringenden rechtspolitischen Reformbedarfs. Im Kampf gegen jedwede Feindschaft, die die weltweite Tätigkeit der kapitalistischen Nationen auf sich zieht, will sie rechtliche Regelungen staatlicher Gewalttätigkeit loswerden, die sie vom Standpunkt ihres Bedarfs heute zu Beschränkungen erklärt. Sie will volle Handlungsfreiheit in ihrem Kampf haben und ist bestrebt sich die erwünschten Gewaltmittel auf juristischem Wege verfügbar zu machen, indem sie „die Dinge rechtlich sauber löst“ und sich so „die nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus“ schafft.

Mit der Ausrufung einer Bedrohungslage, die keine innere oder äußere Sicherheit mehr kennt, sondern nur mehr einen einheitlichen, polizeilich-militärischen Bedarf, der sich ausschließlich an sicherheitstechnischen Fragen zu orientieren hat, hat die Regierung ihren Maßstab für die Entwicklung einer neuen (verfassungs)rechtlichen „Begrifflichkeit“ gefunden. Die Proklamation eines andauernden Kriegszustandes ohne offenen Krieg; einer fortwährenden verdeckten Bedrohung, deren Gefährlichkeit die Regierenden mit wechselnden Alarmstufen im öffentlichen Bewusstsein halten, begründet aus dem Fundus ihres Geheimwissens, eines stets möglichen Verteidigungsfalls – das ist die Art, in der Merkel, Schäuble und Co. die Souveränität der politischen Führung gegen die geltende Rechtslage geltend machen. Ihr Handlungsbedarf soll mit Berufung auf die neue Normalität des sicherheitspolitischen Ausnahmezustandes zur Leitlinie der Weitergestaltung des Rechts werden. Und die soll gefälligst dafür sorgen, dass die Freiheit zur aktiven Staatssicherheit künftig jederzeit geltende Regel wird.

Die Politiker wollen die rechtliche Ermächtigung dafür, den Alltag all ihrer Bürger mit den ihnen erforderlich scheinenden Mitteln nach terrorverdächtigen Aktivitäten zu durchforsten. Sie wollen wirkliche und vermeintliche Gegner wie feindliche Kombattanten behandeln und all das, was sie an besonderen Behandlungsarten gegenüber dieser Klientel für angebracht halten, auch dürfen. Sie wollen nicht länger auf die unbeschränkte Verfügung über den mächtigsten Gewaltapparat im Land, die Armee, verzichten, die rechtlichen Umstände und Umständlichkeiten mit denen der Einsatz der Armee im Inland verbunden ist, abschütteln und dafür eine verfassungsrechtlich einwandfreie Genehmigung. Und sie wollen, gestützt auf ihren immerzu schwebenden Kriegszustand, einen juristischen Freibrief dafür, nicht nur Soldaten mit der Pflicht zum staatsnützlichen Sterben zu konfrontieren. Wenn schon innere und äußere Sicherheit nicht mehr zu unterscheiden ist, und der Kriegszustand nicht mehr so klar von dem des Friedens, dann sind alle Bürger immer auch ein wenig wie Soldaten. Mit der rechtlichen Folge, dass dann die Ansprüche an „die solidari-

GEGENSTANDSPUNKT im Internet:
<http://www.gegenstandspunkt.com>

sche Einstandspflicht des Einzelnen“, wie die FAZ streng folgert, im Falle eines Angriffes auf „das Staatsganze“ erheblich höher wären. Dann müsste sich dieser Einzelne eben auch klaglos und solidarisch mit einem „Terrorflieger“ abschießen lassen.

Die Frage, ob mit seinen Vorschlägen nicht „eine rote Linie“ überschritten und „unsere Gesellschaft unwiderruflich verändert“ würde, lässt Schäuble, der ja gerade die Gesellschaft und ihre rechtliche Verfasstheit nach den Bedürfnissen seines antiterroristischen Kriegszustandes verändern will, reichlich kalt:

„Die rote Linie ist ganz einfach: Sie ist immer durch die Verfassung definiert, die man allerdings verändern kann.“ (Spiegel, 28/07)

→Fortsetzung Seite 3

neu erschienen

GEGENSTANDSPUNKT
Politische Vierteljahresschrift
3-07

US-Hypothekenkrise: Der Welterfolg einer neuen Technik finanzkapitalistischer Selbstbefriedigung macht weltweit Ärger
Anmerkungen zu einer Finanzkrise der ganz modernen Art
Noch ein aufstrebender „Global Player“
Indien will Wirtschafts- und Weltmacht werden
G8-Treffen
Schon wieder: Die Welt zu Gast bei Freunden
„Kompromiss“ auf dem EU-Gipfel in Brüssel:
Der Streit der Nationen um die Geschäftsordnung ihrer Konkurrenz in und um Europa
Die Lohnfrage heute
Investitions-Modelle – Ein schönes Streikergebnis für die Telekom-Beschäftigten – Die Lokführergewerkschaft kämpft um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen

Frieden statt Krieg, Brot statt Gewehr! · Die Leichen der CIA · Doping-Krise · „Arm trotz Arbeit“: Die „Generation Praktikum“ · AKW-Pannenserie in der Ausstiegssrepublik · Eine Linkspartei für Deutschland – konservativ, realistisch, machtbewusst, national · „Eurofighter“-Beschaffung in Österreich · Terrorgefahr in Deutschland: Not braucht viel Gebot · Sturm auf die rote Moschee in Pakistan · Streit um Religion im Biologieunterricht: Der Schöpfung die Krone aufgesetzt · Amerikanische Waffen für Mekka · Der Dalai Lama auf Deutschland-Tournee · Nachrichten vom Arbeitsmarkt: „Der Aufschwung ist da ...“

Das geht, so versichern die Herren Minister unisono! Andererseits ist dem Umstand, dass man sich mit diesen hübschen Maßnahmen außerhalb der für nicht notständige Normalzeiten geltenden Gesetze stellt, ein noch zu bearbeitendes Auftrag zu entnehmen. Gesetzgeberische Vorarbeit ist angesagt, um rechtsstaatlich einwandfrei zu solch schönen Kontroll- und Terminierungserfolgen zu kommen. Schäuble empfiehlt, „solche Fragen möglichst präzise verfassungsrechtlich zu klären, und Rechtsgrundlagen zu schaffen, die uns die nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus bieten. Ich halte nichts davon, sich auf einen übergesetzlichen Notstand zu berufen, nach dem Motto: Not kennt kein Gebot.“ (Spiegel, 28/07)

*

Für die politische Konkurrenz ist es zunächst politische Routine, die Anti-Terrorpläne schlecht zu machen. SPD-Struck bezeichnet Schäuble als „Amokläufer“, und versichert, dass „für die SPD Sicherheit an erster Stelle stehe, aber gleichrangig mit der Freiheit des Bürgers“. Westerwelle wirft sich wortunge-

„Mobilmachung ...“ (Fortsetzung)

So erinnert der Innenminister daran, dass auch in der neuen, auf Dauer angelegten Ausnahmelage des Gemeinwesens verfahrenstechnisch das Übliche gilt: Die Gewalt schafft sich ihre Rechtsformen nach ihren Bedürfnissen und kann insofern, wenn die behauptete Bedrohung des „*Staates als Ganzes*“ nur groß genug ist, auch mit Zugriffen der größeren Art

u-asta-Referat Freiburg im Internet:
<http://www.ideologiekritik.net>

kaum mehr ernsthafte Fehler machen. Es muss eben eine beizeiten geschaffene, „präzise verfassungsrechtliche Rechtsgrundlagen“ vorliegen. Beachtet die Politik diese Verfahrensweise, dann leistet sie, so der Innenminister, der Verfassung damit einen wichtigen Dienst:

„Das Grundgesetz würde doch zerbrechen, wenn wir es nicht anpassen würden.“
 (Spiegel, 28/07)

Weil das Grundgesetz an der geänderten Realität zerbrechen würde, ist derjenige, der als amtierender Innen- und Verfassungsminister mit seinem politischen Bedarf diese Realität definiert, auch dazu berufen, für die bruchgefährdeten Artikel der Verfassung Sorge zu tragen: Indem er sie durch Anpassung an die aktuellen Bedürfnisse der Staatssicherheit geschmeidig hält. So geht der nachhaltige Verfassungsschutz, den jedes Grundgesetz braucht.

(gekürzte Fassung; der vollständige Artikel ist zu finden unter: <http://www.gegenstandpunkt.com/gs/07/3/Notstand.html>) ◆

Die Studiengebühren – ein Erfolg!

Seit dem Sommersemester zahlen die Studenten nun Studiengebühren. Das Geld dafür aufzubringen mag manchem schwer fallen. Da muss nebenher gejobbt werden, oder man häuft per Bankkredit Schulden auf, die später abzustottern sind. Nicht so lustig also für die Studenten. Wissenschaftsminister Frankenberg allerdings hält die Sache für einen Erfolg:

„Das Interesse am Hochschulstudium zeige, dass die 500 Euro pro Semester kaum jemanden von einer Studienentscheidung abschrecken“ (Esslinger Echo 20. September 2007), teilt er der Öffentlichkeit mit.

Na prima, Studenten kommen trotzdem an die Uni, trotz der gar nicht in Abrede gestellten Tatsache, dass die Studiengebühr für die in diesem schönen Land so zahlreich vorhandenen „Einkommenschwachen“ die „Studienentscheidung“ und das Durchziehen des Studiums schwerer macht. Für die bloße Chance, die Selektion an der Uni mit einem halbwegs anständigen Abschluss zu überstehen und damit die Chance auf einen der besser bezahlten Berufe zu erwerben, kann man die jungen Bürger blechen lassen, und „kaum jemand“ verliert „das Interesse am Hochschulstudium“. Das wird schon was mit der Beschaffenheit der Arbeitsplätze zu tun haben, die der Wirtschaftsstandort Deutschland für Nicht-Hochschulabsolventen so zu bieten hat. Und es stimmt dennoch und zugegebenermaßen nicht für alle. Was ist denn mit denjenigen, die von der Aussicht auf einen Schuldenberg doch abgeschreckt worden sind? Es ist eben ihr Pech,

wenn die Akademikerkarriere vorbei ist, bevor sie hätte beginnen können.

Einen Minister scheren Interesse, wissenschaftliche Bildung und beruflicher Werdegang des Einzelnen gar nicht. Er denkt vielmehr an die *deutsche Wirtschaft* und bemüht sich, den Akademiker-Output deren Bedürfnissen anzupassen. Und da brennt trotz Studiengebühr ja glücklicherweise nix an:

„Wir handeln mit Blick auf den wachsenden Bedarf an hochqualifizierten Nachwuchskräften und auf die absehbar steigenden Studierendenzahlen“, sagte Frankenberg. „Den Schwerpunkt bei den Universitäten bilden die Natur- und Ingenieurwissenschaften.“ (Frankenberg, a.a.O.)

Wenn die „Studierendenzahlen“ dort steigen, wo die von den Unternehmen benötigten „Nachwachskräfte“ ausgebildet werden, und wenn dort so viele davon qualifiziert werden, dass die Unternehmen ihren Bedarf *kostengünstig* decken können, dann hat ein Wissenschaftsminister seine Hausaufgaben gemacht, trotz oder besser gerade mit Studiengebühren. Und all diejenigen, die ihr „Interesse am Hochschulstudium“ aus finanziellen Gründen nicht realisieren können, müssen eben eine Lehre machen und die Laufbahn einschlagen, die für die breite Masse des Volkes vorgesehen ist: An profitdientlich durchrationalisierten Arbeitsplätzen dürfen sie sich mit wenig Gehalt und viel Leistung für den Geschäftserfolg ihres Arbeitgebers nützlich machen. Wenn sie einen finden. ◆

Doping-Krise im Radsport:

Die Glaubwürdigkeit des deutschen Sports fordert:

Faire deutsche Sieger müssen her!

Nachdem im Radsport schon seit Jahren ein Doping-Skandal den nächsten jagt, ein Spitzenfahrer nach dem anderen bei der Tour de France positiv getestet wird und ganze Mannschaften des systematischen Gebrauchs unlauterer Mittel überführt worden sind; nachdem sich in der letzten Saison die Gerüchte verdichtet haben, dass auch „unser“ Telekom-Team gewisse Doping-Probleme haben soll, und die Staatsanwaltschaft gegen Jan Ullrich ermittelt; nachdem dann auch noch der „saubere Neuanfang“, den die sportliche Leitung des deutschen Teams für die diesjährige Tour versprochen hatte, durch eine Serie von Geständnissen bereits im Vorfeld arg ramponiert worden ist und ARD und ZDF aus der Tour-Berichterstattung ausgestiegen sind, ist nun auch bei der Stuttgarter Rad-Weltmeisterschaft die angestrebte „Selbstbereinigung“ des Radsports nicht gelungen. Ausgerechnet der Italiener Bettini, dessen Start die Stadt Stuttgart durch Gerichtsbeschluss verhindern wollte, weil er die UCI-Ehrenerklärung nicht unterschreiben wollte, hat das Straßenrennen gewonnen. Das macht, zumindest für die Stuttgarter Zeitung, die Rad-WM zum „Fiasco“. Und der Chefredakteur des ZDF, das zum Leidwesen der Stuttgarter Veranstalter das Rennen nicht live übertragen wollte, stellt fest: „Das hat hier mit vielem zu tun, aber nichts mit Sport.“ (StZ 1. Oktober 2007) Wie hätte ihm die Veranstaltung denn wohl gefallen? Ein Radrennen, in dem einfach der Bessere gewinnt und nichts als die sportliche Fairness zählt? War da nicht noch etwas? Die Stuttgarter Zeitung fasst das WM-Ergebnis so zusammen: „Es hätte besser laufen können, z. B. mit einem Erfolg von Stefan Schumacher.“ (a.a.O.) Beim Sport in den Medien geht es eben doch maßgeblich darum, wie die Deutschen abschneiden.

Von diesem Gesichtspunkt lebt die ganze Sportberichterstattung. Sie besteht in nichts anderem als darin, dass ein ganzes Heer von Reportern und Kommentatoren vermeldet, was diesbezüglich von Interesse ist. Das

fängt bei der Sportart an: Sendezeit und die Aufmerksamkeit des Publikums werden konsequent auf die Sportarten gelenkt, in denen aus nationaler Sicht Erfolge zu verbuchen sind. Das breite Publikumsinteresse an einem Sport wächst, entsteht überhaupt erst und wandelt sich dementsprechend mit den Siegen, die gemeldet werden können. Ist das massenhafte Interesse einmal erfolgreich gestiftet, wird es umfassend bedient mit Informationen darüber, mit wem man gerade mitfiebert, welche Chancen wir uns ausrechnen dürfen, wer unsere Hoffnungen erfüllt und wer sie enttäuscht hat. Ziemlich gleichgültig ist dabei, ob das Deutsche, dem man die Daumen drücken soll, eine Nationalmannschaft wie im Fußball ist, oder eine Mannschaft, die von einer deutschen Telefongesellschaft gesponsert wird, oder ein deutscher Fahrer, der im kasachischen Astana-Team mitfährt. Überhaupt darf man nicht allzu wählerisch sein, was den Gegenstand der Anteilnahme betrifft. Wenn gerade nichts sportelnd Deutsches greifbar ist, wird man mit dem Hinweis unterhalten, dass der Trainer der Schweizer Mannschaft ein Deutscher ist; es tut aber auch die Mitteilung, dass der Architekt der Sportstätte, aus der man gerade berichtet, einen deutschen Vater hat. Am schönsten ist es natürlich, es steht ein richtig deutscher Weltstar wie Boris Becker im Tennis oder Jan Ullrich im Radsport als „Idol“ zur Verfügung. Dann kennen die professionellen Organisatoren der Öffentlichkeit endgültig kein Halten mehr. Auf allen Sendern wird das Publikum dann dazu animiert, sich wie ein Mann hinter unsere Jungs zu stellen, damit die mit ihren Siegen Ruhm und Ehre für Deutschland einspielen und -fahren. Die Stimmung, in die man sich versetzen lassen soll, exerzieren einem national-verzückte Moderatoren in penetrantester Weise vor. Der Zuschauer wird so auf den Standpunkt eingeschworen, dass alles, was unsere Athleten dafür tun, um an der Weltspitze mitzumischen, unser aller Anerkennung verdient. Der ganze Wahnsinn eines modernen Hochleistungssportlers, den er sich antut, um außergewöhnliche Körperleistungen

vollbringen zu können, wird besprochen als etwas, was ihm – und damit uns! – unbedingt zur Ehre gereicht. Dafür sind diese zu Idolen erhobenen Sportler der Nation umgekehrt aber auch entsprechende Leistungen schuldig! Und wenn sie die schuldig bleiben, sind die professionellen Vertreter der Öffentlichkeit die Ersten, die unsere Helden gnadenlos zur Schenke machen. Im Namen des sportbegeisterten Publikums, das ein Recht darauf hat, sportliche Erfolge zu sehen, treten sie fordernd der sportlichen Elite entgegen. So als hätten die genauso verbissen trainierenden Konkurrenten aus den anderen Nationen nicht ein Wörtchen mitzureden, wenn es darum geht, wer gewinnt, verlangt man von den eigenen Sportskanonen Siege. Sportler, die sowieso nichts anderes im Kopf haben, als mit Hilfe von Trainer, Sportmedizin und Motivationstraining alles aus sich herauszuholen, werden bezichtigt, sie ließen es am nötigen Leistungswillen fehlen. Jan Ullrich musste sich neulich noch im Interview mit Fernsehmann Beckmann die Frage gefallen lassen, warum er im Winter nicht härter trainiert, wenn er im Sommer immer bloß Zweiter wird, und hatte sich anschließend dafür zu rechtfertigen, dass er mit einem Weißbier gesehen worden ist. So einer ist nach dem Urteil unseres Journalisten natürlich fehl am Platze, wenn es darum geht, auf dem Feld des Sports Ehre für Deutschland einzulegen.

Bevor dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen die Moral vom sauberen und fairen Wettkampf wichtiger wird als der Erfolg, den die Nation verdient hat und es sich mit Grausen von einer Sportveranstaltung abwendet, in der leistungssteigernde Drogen eingenommen werden, muss also viel passieren. Es sind gerade die Profis der Sportberichterstattung die mit der größten Unerbittlichkeit das Recht der Nation auf sportliche Erfolge vertreten - selbstverständlich stets im Namen ihres sportbegeisterten Publikums. Dabei tun sie alles, um ihr Publikum entsprechend zu fanatisieren und in einen Grad an nationalistischer Verblödung reinzuquetschen, der ziemlich beeindruckend

ist. Mit all den Mitteln, die die moderne Kommunikationstechnik ihnen zur Verfügung stellt und mit dem unverhohlenen Willen zur erfolgreichen Manipulation tragen sie den nationalen Erfolgsstandpunkt in das sportliche Geschehen hinein, bis er alles durchdringt. Nichts lassen sie unversucht, um ihr Publikum in die nationale Hysterie zu versetzen, die sie z. B. rund um ein internationales Fahrradrennen verbreiten. In dem Maße, in dem ihnen das gelingt, wird die Veranstaltung zusätzlich zu einem *Quotenrenner*, auf den sich dann auch noch das große Geschäft pflanzen kann: Fernsehrechte werden teuer gehandelt, Firmen steigen als Sponsoren ein, sodass Geld beim Aufblasen des Zirkus' keine Rolle mehr spielt. Unternehmen machen eigene Mannschaften mit großem Aufwand und allen verfügbaren Mitteln erfolgstüchtig, damit sie als Werbeträger für ihre Produkte ganz vorne mitfahren. Damit ist dann alles beieinander für eines jener nationalen Events, die in aller Munde sind und denen sich niemand mehr so recht entziehen kann. Wie sehr ein sportliches Großereignis tatsächlich das Produkt einer von den Medien inszenierten Öffentlichkeit ist, sieht man nicht zuletzt daran, dass mit dem Einstellen der Fernsehübertragung sofort die ganze Veranstaltung in Frage gestellt ist. Das gilt für die Tour de France ...

„Für die Veranstalter ist das eine wirkliche Bedrohung“, sagt Brender: „Ohne das Fernsehen steigen auch die Sponsoren aus.“ Die Macht des Markts Deutschland dürfe nicht unterschätzt werden, sagt Struve.“ (SZ, 19.07.07)

... ebenso wie für die WM in der Schwabengroßmetropole:

„Was sich Stuttgart geleistet hat, nennt man gemeinhin ein finanzielles Debakel. ... Nicht nur, dass sich die Zuschauer auf den bezahlten Plätzen dünne gemacht haben; weil auch das öffentlich rechtliche Fernsehen viel weniger als geplant von der Weltmeisterschaft übertragen hat, drohen der Stadt hohe Ausfälle.“ (StZ, 1. Oktober 2007)

Im Bewusstsein des Gewichts ihrer Entscheidung befinden die deutschen Fernsehanstalten über die Übertragung von Tour de France und Rad-WM und bestehen darauf, dass diese Veranstaltungen ihre Inszenierungen sind. In Anlehnung an die Regelungen der Welt-Antidoping-Agentur, haben sie eine klare Vorstellung davon wo der faire Wettkampf aufhört und die unfaire Manipulation von sportlichen Leistungen anfängt: Leistungssteigernde Veränderungen des Blutbildes durch Höhenstraining gehören heute zur seriösen Vorbereitung, der Gebrauch von unerlaubten Dopingpräparaten aber ist grob unsportlich – jedenfalls dann, wenn er auffliegt. Und wo nachweislich unsaubere Praktiken zur Anwendung kommen, da sind sie es sich, dem Ansehen ihrer Anstalt, ihrem Publikum und dem Sport überhaupt schuldig, auf Distanz zu gehen. Sie sehen sich aufgerufen, die Glaubwürdigkeit der von ihnen geschaffenen Veranstaltung zu retten. Auf sportliche Erfolge, die mit unerlaubten Mitteln erzielt wurden, kann die Nation ja nicht mehr ungetrübt stolz sein.

Weil es darum geht, was für ein Bild die Nation in der sportlichen Konkurrenz abliefern, weil das tatsächlich die Sache ist, auf die es aus nationaler Sicht ankommt, ergeht an diejenigen, die in dieser Konkurrenz die Nation repräsentieren, ein eigentümlich doppelter Auftrag. Sie sollen zum einen unbedingt Konkurrenzserfolge erzielen! Dafür wird einiges getan – Staat und Sponsoren lassen Millionen springen, Sportgeräte und -bekleidung werden endlos verbessert und verfeinert, ausgeklügeltes, permanentes Hochleistungstraining passt die Körper (und oft genug auch den Kopf) der Sportler haargenau und häufig über die Grenzen gesundheitlicher (oder intellektueller) Unbedenklichkeit hinaus der betriebenen Sportart an - und all das gilt als notwendiger Beitrag zum ehrenwerten Ringen um den Sieg. „Unfair“, wird die sportliche Vorbereitung dann und nur dann, wenn der körperlichen Leistungskraft zwar förderliche, aber per Dopingliste verbotene Mittel zum Einsatz kom-

„Deutsche Sieger...“ (Fortsetzung)

men. Und unfair *in diesem Sinne* dürfen, zum anderen, die sportlichen Erfolge eben nicht erzielt werden. Dieser Nachsatz wird immerhin so ernst genommen, dass man sich aus der Veranstaltung auch einmal zurückzieht, wenn sich der Schein „ehrlichen“ Einsatzes nicht mehr wahren lässt.

Über den macht sich dennoch niemand etwas vor. Mit der Beherzigung der Tugenden der Konkurrenz alleine, mit sportlich fairem, ansonsten aber erfolglosem Verhalten ist kein Blumentopf zu gewinnen. Und Siege sind in der sportlichen Konkurrenz immer noch klar erkennbar die Hauptsache! Wenn besagter Schein einer „fairen“ Sportlichkeit wieder einmal aufgefliegen ist, dann sollen ehrliche

Bemühungen um die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit die Sache wieder ins Lot bringen. Dafür in Stuttgart nicht gesorgt zu haben, werfen Sportberichterstatte jetzt den Radsportverbänden vor. Aber vielleicht fährt ja bei nächster Gelegenheit einer unserer „sauberen“ jungen Hoffnungsträger nach vorn. Dann ist die deutsche Radsportwelt auch wieder in Ordnung.

(Dieser Beitrag wurde am 19. September im Freien Radion Stuttgart gesendet, und zwar in der Reihe „GegenStandpunkt – Kein Kommentar“ – zu hören jeden Mittwoch um 18 Uhr in Stuttgart terrestrisch auf UKW 99,2 MHz und im Kabel auf 102,1 MHz sowie weltweit unter http://frs.kumbi.org:8000/frs_stereo.ogg oder http://frs.kumbi.org:8000/frs_mono.ogg. Nachzulesen immer unter <http://gegenstandpunkt.freies-radio.de>)

Streit um Religion im Biologieunterricht:

Der Schöpfung die Krone aufgesetzt

Frau Karin Wolff, Kultusministerin von Hessen und frühere Religionslehrerin, hat einen schönen Einfall für die Erziehung des deutschen Nachwuchses. Sie kommt dem Auftrag nach, wie er im Lehrplan ihres Landes formuliert ist, wonach „Auseinandersetzungen mit philosophischen und religiösen Aussagen die naturwissenschaftliche Diskussion ergänzen und erweitern müssen“ (Stern.de, 11.7.07), und plädiert für die Verknüpfung der biblischen Schöpfungslehre mit der Evolutionstheorie im Biologieunterricht. Mit ihrem

Kritik und Anregungen an:
redaktion@versus-tuebingen.de

Vorschlag erntet sie harsche Kritik von Leuten, die meinen, Wissenschaft und Glauben gehörten sich an den Schulen besser auseinander gehalten: „Die Schöpfungsgeschichte gehöre in den Religionsunterricht, in Biologie sollte ausschließlich die wissenschaftlich fundierte Evolutionstheorie gelehrt werden.“ (Jürgen Schreier, CDU, in Spiegel 29/07) In Biologie würde schließlich Wissenschaft unterrichtet – aber da täuschen die Widersacher sich ein wenig über den Bildungsauftrag der Schule.

Auf den nämlich kommt es der Frau Minister an, und dazu stellt sie klar, was es mit dem Wissen auf sich hat, das im Biologieunterricht ihrer Anstalten vermittelt werden soll. Eine „erstaunliche Übereinstimmung der symbolhaften Erzählung der Bibel von den sieben Schöpfungstagen mit der wissenschaftlichen Theorie der Evolution“ (FAZ, 29.6.) hat sie da bemerkt, und das ist in der Tat erstaunlich – wird demzufolge doch in der schulischen Abteilung Naturwissenschaft ein Unterrichtsgegenstand verhandelt, bei dem die Grenze zwischen religiöser Fantasterei und wissenschaftlicher Erkenntnis gar nicht auszumachen sein soll. Die Expertin für Bildung verrät zwar nicht, worin Genesis und Genetik, Bibel und Biologie für sie so erstaunlich übereinstimmen. Doch sie lässt wissen, wie man den Gegensatz zwischen Glauben und Wissen um die Ecke bringt, so dass sich einem die Erkenntnisse der Wissenschaft über den Genuss symbolischer Dichtung auftun:

„Sie plädiere für verbindende Fragestellungen bei den Themen der Herkunft des Menschen und der Bestimmung des Lebens und für einen modernen Biologieunterricht, in dem auch die Grenzen naturwissenschaftlich gesicherter Erkenntnis sowie theologische und philosophische Fragen nach dem Sinn des Seins und der Existenz von Welt und Menschen eine Rolle spielen sollten.“ (FAZ, 29.6.)

Damit sich die naturwissenschaftliche Erkenntnis eines Darwin über die Entwicklung der Arten mit religiösen Deutungen vom göttlichen Schöpfungsakt „verbinden“ lässt, braucht man sie nur zu einem Beitrag zu „Fragestellungen“ umzuinterpretieren, die mit den Erkenntnissen der Evolution von vorneherein

nichts zu tun haben. Indem man den Erkenntnissen über die Entwicklung der lebendigen Materie durch Mutation und Selektion die metaphysischen Fragen nach der „Herkunft des Menschen und der Bestimmung des Lebens“ unterschiebt, werden aus Evolutionstheorie und Religion eben zwei unterschiedliche Weisen, auf ein und dieselbe Grundsatzfrage Antwort zu geben. Aus Naturwissenschaft wird ein Baukasten zur Sinnstiftung, eine Manier, die höhere Sinnhaftigkeit des menschlichen Daseins zu thematisieren und den Absprung der Gattung homo sapiens von den höheren Primaten weltanschaulich zu deuten: Ausgerechnet die wissenschaftliche Widerlegung der Teleologie aller zirkulierenden Schöpfungsfindungen durch die Evolutionstheorie erfreut sich der Würdigung als wertvoller Baustein zur Pflege theologischer Mystifikationen. Und wo jede Differenz zwischen Deutung und Erklärung eingeebnet ist, lässt sich die Quintessenz einer ‚Lehre‘, die die Wissenschaft bereithält, dann auch prima in biblische Symbolwelten hinein und aus ihnen wieder herauslesen

Trotz all der da angeblich aufzufindenden „Übereinstimmungen“ fallen der gebildeten Frau sofort die „Grenzen“ ein, die „naturwissenschaftlich gesicherte Erkenntnis“ im Unterschied zu Glaubensbekenntnissen auszeichnen. Wer der naturwissenschaftlichen Erklärung der menschlichen Entwicklung Fragen wie die nach dem „Sinn der Existenz“ unterschiebt – die sie gar nicht zu beantworten vorhat, weil sie eben nicht Religion oder Philosophie ist – und sie daraufhin abklopft, als wie sinnvoll eingerichtet sie das alles präsentiert, was bei der Evolution herausgekommen ist, dem ist es ein Leichtes, an der Wissenschaft den Mangel zu entdecken, dass sie die ihr unterschobene Sinnfrage nicht religionstauglich beantwortet. Weil sie für die Beantwortung der metaphysischen Fragen, die die Frau Ministerin für bedenkenswert und wesentlich hält, nur bedingt brauchbar ist, werden der Wissenschaft „Grenzen“ bescheinigt, die in Wahrheit gar nicht ihre sind, sondern aus dem esoterischen Interesse der Fragestellerin resultieren. So wird aus Erkenntnis das Gegenteil, nämlich das Gebot zur Skepsis gegenüber jeglicher naturwissenschaftlichen Erkenntnis. Als solches ist die Theorie der Evolution für die Erziehung der Schuljugend dann wieder sehr brauchbar. Dann ist sie ein einziges Dokument dafür, dass man bei der Suche nach Antworten auf „die Frage nach dem Sinn des Seins und der Existenz von Welt und Menschen“ das Wissen über die Natur des Menschen vergessen muss und sich ganz in das Menschenbild versenken muss, welches da Aufschluss gibt. Der Besonderheit des Menschen, die „Krone der Schöpfung“ zu sein, dem möchte Frau Wolff im Schulunterricht Raum geben, nicht nur im Fach Religion, sondern eben auch im Fach Biologie. Da mag das mit der „Krone“ vielleicht noch vorkommen, wenn der Mensch in naturphilosophischer Manier als höchste Organisationsform der Materie bestimmt wird: Die rechte Demut fehlt da aber. Die stellt sich ein,

wenn er sich als gelungenstes Werkstück und damit zugleich Knecht Gottes betrachtet, als ein von unbegreifbarer Allmacht geschaffener und gelenkter Erdenwurm. Diese geistige Leistung macht ihm wirklich kein Affe nach!

Kritiker der Frau Minister haben an der Sinnfrage und ihrer gottgefälligen Beantwortung gar nichts auszusetzen, aber sie mo-

VERSUS im Internet:
<http://www.versus-tuebingen.de>

nieren die Vermischung von Biologie- und Religionsunterricht. Sie warnen davor, die „Trennschärfe von Glauben und Wissenschaft aufzuheben.“ (Spiegel 29/07) Wissenschaft und Glauben sollen voneinander getrennt, also nebeneinander unterrichtet werden. Zusammen mit der Ministerin hält man also die Teleologie, die im Fach Religion gelehrt wird, für keinesfalls durch den Unterricht im Fach Biologie argumentativ widerlegt, obwohl sie es de facto ist. Man legt vielmehr Wert auf eine friedliche Koexistenz zwischen dem, was da in beiden Fächern als jeweilige ‚Lehre‘ im schulischen Angebot ist. Beides soll sein gutes Recht haben, nur eben stundenplanmäßig sauber voneinander getrennt. Und wenn man schon gegen die Frage nach dem höheren Sinn, der hinter dem ganzen Erdengewusel stecken soll, grundsätzlich gar nichts einzuwenden hat und die Antwort, die die Religion darauf zu geben hat, nicht zurück-, sondern an ihren Platz weisen will, dann findet man als Kritiker der Schöpfungslehre auch gar nichts dabei,

selbst dauernd Sinnfragen zu finden und ihre Bedeutung gerade angesichts des Fortschrittes der Naturwissenschaften zu betonen. Das Stichwort ‚Menschwerdung‘ wird nicht als unwissenschaftlich aus dem Biologieunterricht verbannt, sondern in ihm thematisiert. In Differenz zur schöpfungstheoretisch angehauchten Frau Kultusminister pocht man aber auf die eigene Kompetenz zur Vermittlung von ‚Lehren‘, die aus naturwissenschaftlichem Wissen zu ziehen sind. Was also wie ein religionskritischer Rückruf zur Sachlichkeit klingt, ist nur die Forderung, dass die Mär vom Schöpfergott keinesfalls fachübergreifend an der Schule verkündet werden soll. Dann geht für den Fan von ‚Trennschärfe‘ alles in Ordnung, was im Religionsunterricht gepredigt wird. Ein „antiaufklärerischer Rückfall“ (Leggewie) findet erst dort statt, wo dem Bioungerechten keine eigenständige Deutung der Weltentwicklung mehr erlaubt ist. Solange dort die erbaulichen ‚Lehren‘, die Bienen und andere Staaten bildende Völker, aber natürlich auch ‚die Evolution‘ für den Menschen bereithalten, ganz ohne religiöse Verwässerung gelehrt werden dürfen, ist alles in Ordnung.

Schlichter im Sinnstiftungsstreit merken deshalb zur Beruhigung aller Beteiligten an, dass die Evolutionsbiologie erst im elften Schuljahr gelehrt werde – wer also mit der Mittleren Reife abschließt, erfährt eh nichts von ihr. Religionsunterricht hingegen haben alle von der ersten Klasse an – und so kommt zumindest in der Schule und was die dortige Bildung betrifft keiner seiner „Bestimmung“ aus.

Das u-asta-Referat „Ideologiekritik“ an der Uni Freiburg veranstaltet ein Wochenendseminar zum Thema: „Arbeit & Reichtum“

In was für einer Gesellschaft gibt es ein Bedürfnis ausgerechnet nach Arbeit? In welcher Gesellschaft müssen die einen immer länger und härter arbeiten, während andere verzweifelt nach Arbeit suchen und eine Minderheit wiederum die Früchte der Arbeit der ersten genießen kann? Wo dient der Konsum der Wirtschaft, anstatt umgekehrt? Wo bringt die Einsparung von Arbeit Armut hervor? In was für einer Produktionsweise müssen selbst einfachste Hygienebedingungen am Arbeitsplatz gewaltsam verordnet werden? In welcher gilt die Abwesenheit von Wachstum als Katastrophe? Wo ist das Einkommen der Bevölkerungsmehrheit derart gering, dass Krankheit und Alter noch nicht mal mit Hilfe eigens eingerichteter Versicherungskassen bewältigt werden können? Wo sind alle Bedürfnisse – von der Waschmaschine bis zum Notenständer – dem Interesse nach Profitvermehrung untergeordnet und dem entsprechend auch nur unter der Bedingung erfüllbar?

Richtig, diese Absurditäten und Gemeinheiten gehören wie selbstverständlich zu einer Wirtschaftsweise namens „Kapitalismus“. Wieso eigentlich? Gibt es dafür systematische Gründe und wenn ja, welche sind das genau? Wie funktioniert der Kapitalismus?

Diese und alle weiteren Fragen, die euch zum Thema interessieren, wollen wir auf unserem Wochenendseminar vom 16. November bis 18. November 2007 klären.

Grundlage der Diskussion ist der Text „Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis von Arbeit und Reichtum“ des Gegenstandpunkt-Verlag, als .pdf herunterzuladen unter <http://www.gegenstandpunkt.com/gs/96/4arb&reic.htm>

Wir treffen uns am 16. November um 18:00h im u-asta in der Belfortstr. 24. Einzige Teilnahmevoraussetzung ist die vorherige Lektüre des ersten Kapitels und eine vorherige Anmeldung. Letztere bitte so früh es geht an: studiumgenerale@ideologiekritik.net

Jour Fixe

in Tübingen, Freiburg und Stuttgart

Wer Interesse bekommen hat, sich mit unseren Argumenten näher auseinanderzusetzen, der ist eingeladen, an einem der wöchentlichen Diskussionstermine teilzunehmen:

Tübingen:

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr in der Hausbar im Keller des Wohnprojekts Schellingstrasse

Freiburg:

Jour Fixe zu aktuellen Themen immer montags 19.30 Uhr im Konf-Raum u-asta-Gebäude, Belfortstr. 24; weitere Infos unter: <http://www.ideologiekritik.net>

Stuttgart:

Diskussionstermine donnerstags um 19.30 Uhr im Foyer des Alten Feuerwehrhauses (Stgt.-Süd, Möhringer Str. 56) genaue Termine und Themen in: <http://www.gegenstandpunkt-s.de/disk-s.htm>